

Waldenburger Zeitung

(Waldenburger

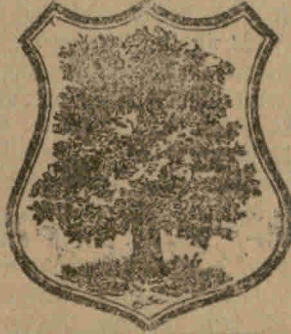
Wochenblatt)

Fernsprecher 3

Fernsprecher 3

Publikationsorgan

der städtischen Behörden von Waldenburg, sowie von
Amts- und Gemeindevorständen des Kreises Waldenburg.
Postfachkonto: Breslau Nr. 10078. Konto bei: Ortskassafasse
der Stadt Waldenburg, Waldenburger Handels- u. Gewerbe-
bank, Bankhaus Eichenborn & Co., Kommunalständische Bank.



Erscheint täglich

mit Ausnahme an den Sonn- und Feiertagen.
Bezugspreis vierteljährlich 6.30, monatlich 2.10 M. frei Haus.
Preis der einseitigen Zeitzeile für Inserenten aus Stadt
und Kreis Waldenburg 40 Pfg., von auswärts 45 Pfg.,
Vermietungen, Stellengeuche 65 Pfg., Reklamezeile 1.50 M.

Die Reichsregierung wieder in Berlin.

Berlin, 21. März. Das gesamte Reichskabinet ist wieder in Berlin eingetroffen. Es hielt unter dem Vorsitz des Reichskanzlers am Sonntag nachmittag eine Kabinettsitzung ab. Auch Reichspräsident Ebert ist in Berlin eingetroffen. In parlamentarischen Kreisen geht das Gerücht, daß die deutsche Volkspartei sich bereit erklärt habe, in das Kabinet einzutreten. Man nennt als Nachfolger Erzbergers den Geschäftsinhaber der Diskontobank Urbig.

Erklärungen des Reichspräsidenten.

Stuttgart, 20. März. (WZB.) Reichspräsident Ebert gewährte vor seiner Abreise nach Berlin hier einem Vertreter der Schweizerischen Pressen-Agentur eine Unterredung, in der er u. a. sagte:

Der Block der ordnungsliebenden Mitte wurde durch die letzten Ereignisse zusammengebrochen. Zu ihm stehen auch Teile der unabhängigen Arbeiter-schaft und selbst der Deutschen Volkspartei. Auf der Grundlage der treugebliebenen Truppen wird die Reichswehr neu geordnet. Alle Offiziere, die auf Seiten Kapps standen oder deren Loyalität irgendwie zu bezweifeln ist, werden rücksichtslos entfernt. Wer es künftig von rechts her wagen sollte, gegen die verfassungsmäßige Ordnung anzukommen, wird in sein Unglück laufen. Ebenso entschlossen wird sich die Regierung gegen Elemente stellen, die von links her es unternehmen wollen, die ruhige Entwicklung und Sicherheit in Deutschland zu stören. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten unseres Volkes bilden naturgemäß einen Gährungsstoff. Darin liegt ein Element der Unruhe. Starke Bereitschaft ist deshalb geboten. Soweit die alliierten Mächte ein Interesse daran haben, daß Deutschland den Friedensvertrag erfüllt, müssen sie daran denken, im Punkte der Heeresstärke gewisse Kon-zessionen zu machen.

Sozialdemokratische Bestrafungs- anträge.

Stuttgart, 20. März. Die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung faßte am 19. März einen Beschluß, in dem die Regierung aufgefordert wird, sofortige Maßnahmen zu treffen betreffs Einsetzung eines zentralen Volksgerichts beim Reichsgericht Leipzig zur Aburteilung sämtlicher Mitglieder der sogenannten Kapp-Regierung, ferner betreffs Einsetzung von etwa sechs unteilbaren Volksgerichten in sechs Hauptbezirken Deutsch-lands zur Aburteilung der örtlichen Kapp-Ver-schwörer der einzelnen Bezirke und außerdem be-
treffs Herbeiführung schnellster Vermögensbe-schlagnahme zur Sicherung des Vermögens der zentralen und örtlichen Glieder der Kapp-Ver-schwörung, betreffs Einführung des abgekürzten Verfahrens bei obigen Volksgerichten, sowie sofortige Einbe-
ziehung des parlamentarischen Ausschusses der Na-tionalversammlung zur Mitarbeit bei der Aus-führung obiger Maßnahmen und bei weiteren Not-verordnungen.

Kapp nicht mehr Generallandschafts- direktor.

Königsberg i. Pr., 20. März. Der Ober-präsident, in Vertretung von Haspell, gibt bekannt: Ich habe den Generallandschaftsdirektor Kapp von seinem Amt suspendiert.

Zur Beamtenbefolgung.

Antlich wird gemeldet: Ohne Rücksicht darauf, ob die neue Befolungsordnung bereits am 1. April von den gesetzgebenden Körperschaften verabschiedet wird oder nicht, werden die Reichsbeamten am 1. April neben dem Gehalt die um 150 Prozent erhöhte Teuerungszulagen und die Kinderzulagen ausgezahlt erhalten als Voranschuß auf die ihnen nach der neuen Befolungsordnung zu gewähren-den Bezüge.

Die ursprünglichen Pläne der Konfervativen.

Berlin, 21. März. Herr Kapp und die Seinen hatten die Revolution erst für den Herbst, für die Zeit nach der Ernte, geplant. Nur der zufällige Umstand, daß die Ver-schwörung durch die Berliner politische Polizei entdeckt wurde und zur Verhaftung der Schul-digen geschritten werden sollte, veranlaßte sie zum sofortigen Losschlagen mit dem an-fänglichen scheinbaren Erfolg und dem vollen Mißerfolg, wie wir ihn in der vorigen Woche erlebt haben.

Die Stuttgarter Parlaments-Tagung.

Im weiteren Verlauf der Donnerstagssitzung der Nationalversammlung in Stuttgart, über die wir bereits berichteten, wandte sich Abg. Scheidemann (Soz.) mit scharfen Worten gegen die am Putz beteiligten Reute der Rechten. Die Deutschnationalen Volkspartei und die Volkspartei hätten kein Wort der Verurteilung gefunden, ja, sie hätten sogar der Regierung Kapp treue Mitarbeiter zugesichert. Es gebe keine Worte, um die Gewissenlosigkeit und das Verbrechen dieser Bande zu brandmarken. (Stürmische Zustimmung bei der Mehrheit.) Die Sozialdemokratie verlange Entlassung aller treulosen Beamten, Offiziere und Truppen, strengste Verurteilung der Verbrecher, Konfiskation des gesamten Vermögens der Anstifter der Vernichtung des Lebens der Republik, deren Grundmauer die Demokratie sei, die zum Sozialismus führen soll.

Der Zentrumsabgeordnete Burckhard sprach sich in scharfer Weise gegen die Frevelthaten der Kapp und Genossen aus und lehnte jede Milde gegen die Ver-schwörer ab. Die Wahlen müßten bald ausgeschrieben werden. Die Besetzung der Ministerien allein durch Fachminister sei unvereinbar mit dem parlamentarischen System. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft mit einem Schlage sei gegenwärtig wünschenswert.

Abg. Payer (Demokrat.)

äußerte: Die Lage sei noch nicht genügend geklärt. Nach rechts würde sich die Politik seiner Fraktion unter keinen Umständen orientieren. Bayerverlangt schonungs-
lose Gerechtigkeit gegen die Urheber und Mit Helfer des Putzsches.

Abg. Kraut (Dnt.) wies darauf hin, daß niemals eine Revolution vor sich gehen könne, wenn nicht eine Schuld der Regierung vorläge. Als er davon sprach, daß die Nutznießer der Revolution vom 9. November kein Recht hätten, sich zu beschweren, erwiderten stürmische Pluruse, die in eine allgemeine große Unruhe über-gingen, in der die weiteren Ausführungen des Redners sich verloren.

Nach weiterer längerer Debatte, in der u. a. Reichs-minister Koch erklärte, daß er vom Abg. Kraut die

Verurteilung der Meuterer erwartet hätte und die Ab-rechnung mit den persönlichen Freunden Kapps auf Berlin verschoben werde, und nachdem die Abgeordneten Dr. Heim (Bayerische Volksp.), Eisenberger (Bayerischer Bauernbund) u. Landwast (Deutsch-Hannoversche Partei) zum Ausdruck gebracht hatten, daß ihre Parteien fest zur Verfassung ständen, stellte Präsident Fehrenbach in einem Schluszworte die einstimmige Verurteilung des Putzsches durch alle Parteien fest und drückte den An-gehörigen der Toten sein herzlichstes Beileid aus.

Die Lage in Berlin.

Die Einigungsbedingungen.

Berlin, 21. März. Die Verhandlungen zwischen den Führern der Mehrheitsparteien und den Führern der Gewerkschaften andererseits über die Beilegung des Generalstreiks sind heute früh um 5 Uhr zu Ende geführt worden. Es ist gelungen, eine völlige Einigung herbeizuführen, und es steht zu erwarten, daß der Generalstreik heute noch aufgehoben wird. In den Verhand-lungen ist folgendes Abkommen vereinbart worden:

Die anwesenden Vertreter der Regierungs-parteien werden bei ihren Fraktionen dafür eintreten:

1. daß bei der bevorstehenden Neubildung der Regierungen im Reiche und in Preußen die Personenfrage von den Parteien nach Ver-ständigung mit dem am Generalstreik beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten gelöst und daß diesen Organisationen entscheidender Einfluß auf die neue Regelung der wirtschaftlichen und sozial-politischen Gesetzgebung eingeräumt wird unter Wahrung der Rechte der Volksvertretung;
2. sofortige Entwaffnung und Bestrafung aller am Putz oder am Sturz der verfassungsmäßigen Regierung Schuldigen, sowie der Beamten, welche sich einer ungesetzlichen Regierung zur Verfügung gestellt haben;
3. gründliche Reinigung der gesamten öffent-lichen Verwaltungen und Betriebsverwaltungen von gegenrevolutionären Persönlichkeiten, beson-ders solchen in leitender Stellung, und ihr Ersatz durch zuverlässige Kräfte; Wiedereinstellung aller im öffentlichen Dienst aus politischen oder ge-werkschaftlichen Gründen gemäßregelter Organi-sationsvertreter;
4. schnellste Durchführung der Verwaltungs-reform auf demokratischer Grundlage unter Mit-bestimmung auch der gewerkschaftlichen Organi-sationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten;
5. sofortiger Ausbau der bestehenden und Schaf-fung neuer sozialer Gesetze, die den Arbeitern, An-gestellten und Beamten volle soziale und wirtschaft-liche Gleichberechtigung gewährleisten; schnellste Ein-führung eines einheitlichen Beamtentums;
6. sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung der dazu reifen Wirtschaftszweige unter Zugrunde-
legung der Beschlüsse der Sozialisierungskommission, zu der die Berufsverbände hinzuzuziehen sind; die Einberufung der Sozialisierungskommission erfolgt sofort; ferner Übernahme der Kohlenyndufate und des Kalkyndufats durch das Reich;
7. wirksame Erfassung, gegebenenfalls Enteig-nung der verfügbaren Lebensmittel und verstärkte Bekämpfung des Wucher- und Schiebertums in Land

und Stadt; Sicherung der Erfüllung der Ablieferungsverpflichtungen durch Gründung von Lieferungsverbänden und Verhängung fühlbarer Strafen bei böswilliger Verletzung der Verpflichtungen;

8. Auflösung aller der Verfassung nicht treugebliebenen gegenrevolutionären Formationen und ihre Ersetzung aus Kreisen der zuverlässigen republikanischen Bevölkerung, insbesondere der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten, ohne Zurücksetzung irgend eines Standes; dabei bleiben erworbene Rechtsansprüche treugebliebener Truppen und Sicherheitswehren unangetastet;

9. im übrigen wird mitgeteilt, daß die Minister Moske und Heine ihre Abschiedsgesuche bereits eingereicht haben.

Berlin, 21. März. Der Eisenbahnverkehr hat sich im Laufe des heutigen Sonntags gebessert. Die Eisenbahnbeamten haben sich fast sämtlich zur Verfügung gestellt; es fehlt aber noch an Wasser, so daß die Lokomotiven nicht geheizt werden können. Auf den nach Schlesien verkehrenden Strecken herrscht bereits lebhafter Verkehr.

Berlin, 22. März. (W.S.) Wenn es auch heißt, daß von den Gewerkschaften der Abbruch des Generalstreiks beschlossen sei, ist in Berlin davon heute noch nichts zu bemerken. Der Straßenbahnverkehr ist noch immer eingestellt, der Stadt- und Ringbahnverkehr sehr unregelmäßig. Es laufen noch immer Meldungen ein, daß es in den Außenteilen der Stadt zu Generalstreikten kommt. Die Wasserversorgung ist im allgemeinen unterbrochen, die Wasserversorgung fehlt noch in verschiedenen Stadtteilen; doch ist es im allgemeinen ruhig.

Die Generalkommission der Gewerkschaften und die Berliner Gewerkschaftskommission haben den Abbruch des Generalstreiks proklamiert. Demgegenüber verharret aber die Generalstreikleitung in Berlin, deren Mitglieder größtenteils unabhängig sind, bei der Fortführung des Generalstreiks.

Die Lage in Breslau.

Aufruf des neuen Militärbefehlshabers.

Breslau, 21. März. General Lequis veröffentlicht folgenden Aufruf:

An die schlesische Bevölkerung!

Der Reichspräsident hat mich zum militärischen Befehlshaber Schlesiens ernannt. In ernster Stunde trete ich mein verantwortungsvolles Amt an. Gefährliche Stürme durchbrausen von neuem unser armes Land und bedrohen den friedlichen Fortgang unseres Volkslebens. Schlesien, umgeben fast auf allen Seiten von mißgünstigen Nachbarn, ist besonders gefährdet und bedarf daher in erster Linie der Ruhe und Einigkeit. Hierfür in engster Zusammenarbeit mit den zuständigen Zivilbehörden mich einzusetzen, erachte ich für meine erste Pflicht. Ich bin mir bewußt, daß ich dieser Aufgabe nicht ohne die volle Mitwirkung der Bevölkerung gerecht werden kann. Aus dieser Auffassung heraus habe ich in meinen bisherigen Befehlsstellen die enge Fühlungnahme mit der Bevölkerung stets obenan gestellt. In gleichem Sinne werde ich auch hier handeln. Ich bitte daher die schlesische Bevölkerung um einmütige vertrauensvolle Unterstützung.

Einigkeit zwischen Bevölkerung und Truppe ist Gebot der Stunde. Versuchen wir daher, die letzte Vergangenheit zu begraben. Der Reichswehrmann unter meiner Führung und damit die Truppe wird

jedlicher Politik fernstehen, lediglich der Pflicht leben: die Arbeit und das Erwerbsleben der Bevölkerung — jedes Berufes und jeder Konfession — zu schützen und ihr Fort der Ruhe und Ordnung zu sein. In diesem Sinne bitte ich, allseitig Vertrauen zu mir zu haben.

Der Militärbefehlshaber.

(gez.) Lequis, Generalleutnant.

Bildung eines demokratischen Vollzugsausschusses in Breslau.

Breslau, 21. März. Hier hat sich gestern ein demokratischer Vollzugsausschuß gebildet, der folgende Kundgebung erläßt:

Der Ernst der Stunde verlangt entscheidende Maßnahmen. Es gilt die errungenen demokratischen Freiheiten zu behaupten und ihre Durchführung zu sichern. Noch wissen wir nicht, was die kommenden Tage bringen.

Um alle Kräfte zusammenzurufen, haben sich die auf wahrer demokratischer Ueberzeugung stehenden unterzeichneten Parteien zu einheitlicher Arbeit zusammengeschlossen. Ihrem Willen entsprechend ist ein Vollzugsrat mit weitgehenden Befugnissen geschaffen worden, der in Gemeinschaft mit den Behörden bis zur völligen Niederwerfung der Gegenrevolution in Wirksamkeit bleibt. Wesentliche Aufgabe des Vollzugsrates ist es: daß in unserer Vaterstadt die Sicherheit und Ordnung wiederkehrt; die sofortige Aufnahme der Arbeit erfolgen kann; alle schuldigen Führer ihre verdiente Strafe finden; unter den reaktionären Beamten, die ihrer Pflicht untreu geworden sind, ausgeräumt wird. Zur Sicherung der Demokratie wird die Bewaffnung des Volkes unter Kontrolle des Vollzugsrates sofort vorgenommen. Darum habt Vertrauen und stellt Euch hinter uns!

Deutsche demokratische Partei.

Dr. Köbisch, Hermann.

Die sozialdemokratische Partei.

K. Macho, Pletsch, W. Winger.

Unabhängige sozialdemokratische Partei.

Wuttka, Biegler.

Kommunistische Partei Deutschlands.

Eberwaldt.

Scharfe Maßnahmen des Polizeipräsidenten.

Breslau, 21. März. Der Polizeipräsident hat heute vormittag die Corps- und Verbindungshäuser der hiesigen Studentenverbindungen durch Kriminalbeamte durchsuchen lassen, wobei eine erhebliche Anzahl Schuß- und Gleb Waffen, sowie Munition vorgefunden und beschlagnahmt wurden. Eine Anzahl Studenten ist wegen Hochverrats festgenommen. Wegen desselben Vergehens wurde auch der deutsch-nationale Stadtverordnete Dr. Dziallas und der Hauptschriftleiter der „Schlesischen Zeitung“ Dr. Schottky in Haft genommen. Ebenso eine Anzahl anderer Personen. Weitere Festnahmen stehen noch bevor. Im Breslauer Oberpräsidium ist auf Anordnung des Oberpräsidenten Philipp eine Dienststelle zur Untersuchung der mit dem bewaffneten Aufbruch in Schlesien zusammenhängenden Vorgänge

eingerrichtet worden. Die Untersuchung wird mit aller Schärfe durchgeführt werden, und sich besonders auch auf die Beamten erstrecken, die durch Verletzung ihrer Dienstpflicht den Aufbruch gefördert haben.

Die Lage in Waldenburg.

Fortdauer des Generalstreiks.

Der hiesige Vollzugsausschuß gibt bekannt:

Die gesamte im Generalstreik stehende Arbeiterschaft im Niederschlesischen Industriegebiet wird die Arbeit erst wieder aufnehmen und den Generalstreik für beendet erklären, wenn die Unternehmer für die Streiktage den Lohnausfall bezahlen.

Die Betriebs- und Angestelltenräte, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse, Obleute und Vertrauensleute der Organisationen haben sofort mit den Vertretern Verhandlungen anzubahnen. Von dem Ergebnis ist dem Vollzugsausschuß bald Nachricht zu geben, damit in der Konferenz am Montag den 22. März 1920, nachm. 3 Uhr, berichtet werden kann.

Der Vollzugsausschuß übernimmt die vollziehende Gewalt im Waldenburger Kreise.

Der hiesige Arbeiterrat ließ vorgestern durch Anschlag folgendes bekannt geben: Der Arbeiterrat für das niederschlesische Industriegebiet macht hiermit bekannt, daß er zur Abwehr gegenrevolutionärer Putschbestrebungen die vollziehende Gewalt im Kreise Waldenburg vom heutigen Tage ab übernommen hat. Er überträgt diese Gewalt seinem Vollzugsausschuß mit der Maßgabe, daß diese Uebertragung in dem Augenblick endet, wo gesetz- und verfassungsmäßige Zustände im Reich und Preußen sichergestellt sind. Sämtliche bisher vom Vollzugsausschuß erlassenen Anordnungen sind allgemein durchzuführen. Die Behörden und Beamten führen ihre Geschäfte wie bisher weiter. Sie sind angewiesen, den Anordnungen des Vollzugsausschusses zu entsprechen bezw. keinen Widerstand zu leisten.

Das Landratsamt, der Magistrat und die Polizeiverwaltung veröffentlichen dazu folgende Kundgebung:

Der Vollzugsausschuß des Arbeiterrats hat uns gegenüber erklärt, daß er bis zur Wiederkehr verfassungsmäßiger Zustände die vollziehende Gewalt im Kreise Waldenburg übernommen habe, und uns mitgeteilt, daß die Behörden und die Bevölkerung einen Anordnungen Folge zu leisten haben. Wir lehnen die Verantwortung für die Anordnungen des Vollzugsausschusses zwar ab, halten es aber nach Lage der Sache im Interesse der Wiederherstellung geordneter Zustände nicht für zweckmäßig, daß den Anordnungen des Vollzugsausschusses Widerstand entgegengesetzt wird, haben unsere Beamten mit entsprechender Anweisung versehen und bitten auch die Bevölkerung, entsprechend zu verfahren.

Der Landrat.

Der Magistrat.

Mücke.

Dr. Erdmann.

Die Polizeiverwaltung.

Dr. Wießner.

Druck u. Verlag Ferdinand Domel's Erben (Geschäftsleitung: D. Dietrich). — Verantwortlich für die Schriftleitung: B. Münz, für Postamt und Inseraten: G. Anders, sämtlich in Waldenburg.

Dachdeckerarbeiten.

Die Lieferung von Dachziegeln und die Ausführung der Dachdeckerarbeiten für die Kleinwohnungen Ecke Wrangel-Seidlitzstraße und Bauvereinsstraße im Stadteil Altwasser in Waldenburg sollen wie folgt vergeben werden:

Los I. Dächerabwanzlieferung für Wrangel-Seidlitzstraße,

Los II. Dachdeckerarbeiten für Wrangel-Seidlitzstraße,

Los III. Dächerabwanzlieferung für Bauvereinsstraße,

Los IV. Dachdeckerarbeiten für Bauvereinsstraße.

Angebote, auch Teilangebote der einzelnen Lose werden angenommen und sind bis Donnerstag den 15. April 1920, vormittags 10 Uhr, im Städtischen Bau- und Wohnungsamt, Amtsgericht, 1. Stock, Zimmer 35, einzureichen, wo die Eröffnung der eingegangenen Angebote in Gegenwart der erschienenen Bieter erfolgt, Zeichnungen und Bedingungen liegen daselbst zur Einsicht aus.

Bei Abgabe der Lose I und III ist besonders anzugeben, ob die Materialien bereits vorrätig sind bezw. wann die Lieferung erfolgen kann.

Angebotsmuster sind gegen Erstattung der Schreibgebühren, für jedes Los 1 Mk., im Zimmer Nr. 16 zu erhalten.

Waldenburg, den 19. März 1920.

Städtisches Bau- und Wohnungsamt.

Neußendorf.

Anträge auf Wahl- und Schrottkarten für Selbstversorger werden Mittwoch den 24. März 1920, vormittags von 8–9 Uhr, im Gemeindebüro entgegengenommen.

Neußendorf, 18. 3. 20.

Der Gemeindevorsteher.

Gemeinde und Gut Ober Waldenburg.

Der Kartoffelverkauf für die Woche vom 22. bis 28. März 1920 findet vom Gisteller aus wie folgt statt:

Dienstag den 23. März 1920:

von 7–8 Uhr vormittags	für die Bewohner des Gutsbezirks,
von 8–9 Uhr vorm.	für die Bewohner der Chausseest. 1–15,
von 9–10	16–30,
von 10–11	31–47,
von 11–12	Mittelstraße 1–9.

Mittwoch den 24. März 1920:

von 7–8 Uhr vorm.	für die Bewohner der Kirchstraße 1–15,
von 8–9	16–30,
von 9–10	31–49,
von 10–11	Ritterstraße 1–9,
von 11–12	Albertstraße 1–8.

Vorausgabe werden 5 Pfund pro Kopf und Woche zum Preise von 25 Pfg. das Pfund. Für die Stunden, welche bei dem Grünzeughändler Kuelinke eingetragen sind, erfolgt der Verkauf ebenfalls durch die Gemeinde.

Ober Waldenburg, 20. 3. 20.

Gemeindevorsteher.

Nieder Hermisdorf.

Verkauf von Büchsenmilch.

Dienstag den 23. März 1920, früh von 9–1 Uhr, wird für Personen mit den Anfangsbuchstaben A–K und Mittwoch den 24. März 1920, früh von 9–1 Uhr, wird für Personen mit den Anfangsbuchstaben L–Z im Lebensmittelamt wieder kondensierte Milch zum Preise von 2 Mk. je Büchse an Inhaber von Milchkarten 2. Klasse, die nachweisbar an 4 Tagen Frischmilch nicht erhalten konnten, ausgegeben. Es kommen hier besonders Haushalte in Frage, in denen sich Kinder von 2–8 Jahren und Personen über 70 Jahre befinden. Milchkarten sind vorzulegen. Die Bewohner des Ortsteiles Felshammer Grenze können die Büchsenmilch im Geschäft des Kaufmanns Hauschild in Empfang nehmen.

Nieder Hermisdorf, 20. 3. 20.

Der Gemeindevorsteher.